

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (mit Werbung).
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschl. Postbestellgeld
oder Bringerlobn.
Telefon Nr. 82. — Postcheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Okt. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Anthes,
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Bezugspreis: die gespaltene 3-Millimeterzelle oder deren
Raum 50 Pg. Die 91 mm breite Reklamezelle 150 Pg.
Anzeigen-Ablauf bis 4 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 75

Limburg, Donnerstag den 1. April 1920

83. Jahrgang

Das Übergangsministerium Müller.

Das neue Reichskabinett mit dem bisherigen Außenminister Müller als Kanzler an der Spitze, hat eine schwere Aufgabe: Die Kapp-Putschtruppe. Es erhebt ihm gleichzeitig eine hohe Aufgabe: die Wahlen zum neuen Reichstag vorzubereiten, und das deutsche Volk aufzuläutern darüber, um was es am Wahltage geht. Nach diesen beiden Richtungen den muss man dem neuen Kabinett sozusagen „Vor gaben“ zugestehen, wenn man es nach seiner Zusammensetzung und seinen Anfichten gerecht beurteilen will. Alle seine Mitglieder sind darauf verpflichtet worden, unmittelbar nach den Wahlen zum neuen Reichstag ihre Demission zu geben, und so sehen wir denn in der Regierung Müller eigentlich weniger als ein Geschäftsministerium und nur ein bloßes Übergangsministerium reinster Prägung vor uns. Darin liegt zu gleicher Zeit seine Schwäche aber auch seine Stärke, denn normalerweise müssen alle seine künftigen Handlungen, muss seine Politik im einzelnen und im ganzen aus diesem Gesichtswinkel heraus eingehäuft und gewürdigt werden. Die Männer, die sich bereit gefunden haben, in die neue Reichsregierung einzutreten, haben ein Opfer gebracht, denn natürlich kann es kaum zu den Unannehmlichkeiten dieses Ministeriums gerechnet werden, seinen Namen für eine Ministerliste herzugeben, deren Lebensdauer nur nach wenigen Wochen zählt. Andererseits ist aber die Aufgabe dieser Regierung wieder so bedeutsam, dass man die Selbstbesteckung dieser Männer nicht hoch genug einschätzen kann. Diese Erregung ist folge des Kapp-Putzes in alle Schichten der Bevölkerung gesogen, wir haben im Ruhrgebiet erleben müssen, bis zu welchen Höhengraden sich die Abwehr gegen den Versuch, das neue System in Deutschland zu stützen, steigern kann. Es bedarf einer äußerst vorsichtigen Hand, um die schweren Wunden zu heilen, die die Wahlnimmt des 13. März dem deutschen Volkswirter geslagen hat. Man würde die wahre Sachlage aufs gefährlichste verfehlern, wollte man nicht zugeben, dass die inneren Verhältnisse bei uns sich wieder verschärfen mögen. Das Pendel das unter dem offenen Beifall der Rechtsparteien am 13. März nach rechts ausschlägt, schlägt jetzt, stärker noch, nach links aus. Das Schreckgespenst des Putschwismus, das uns die Hasardeure des 13. März an die Wand gemalt haben, soll gewiss nicht überschätzt werden. Aber es ist auch gewiss, und die Tage der jüngsten Verhandlungen in der Nationalversammlung haben das mehr als einmal bewiesen, dass alles geschehen muss, um die Schäden des monarchistischen Übersfalls und die durch ihn geschaffene tiefe Erregung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zu mildern und zu beseitigen. Schnellste und härteste Bestrafung der Schuldigen, die Ausmerzung aller irgendwie reaktionärer Tendenzen verdächtigen Elements aus dem Heer, Demokratisierung der Verwaltung — das sind die drei Punkte, an denen die Tätigkeit der Regierung Müller einzugehen und sich zu bewähren hat. Hoffen wir, dass sie diesen Pflichten in der kurzen ihr beschiedenen Zeit in jeder Hinsicht gerecht werde, denn darin liegt allein die Möglichkeit über all die Fähnrisse hinwegzukommen, die sonst zu befürchten sind und unter Umständen den Bestand des Reiches in Frage stellen können.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 30. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt. Abg. Düringer (D. Nat.) erklärte, dass Regierung und Parteien, die verfassungswidrig ihre Macht verlängern, kein Recht haben, sich über den verfassungswidrigen Putsch zu entlasten. (Widerspruch) Vielleicht war der Regierung die Entwicklung des Putsches gar nicht unangenehm. (Großer Lärm.) Wir mißbilligen den Putsch und haben ihn nicht begünstigt. Unsere Besprechungen mit Lüttwitz und den Generälen haben zum Rücktritt Kappes geführt und damit den Putsch beendet ohne dass der Generalstreit nötig gewesen wäre. Reichskanzler Müller teilte mit, dass in der gestrigen Kabinetsitzung beschlossen wurde, alle unnötigen Schossenheiten in Bezug auf die Lage im Ruhrrevier zu vermeiden. Erfreulicherweise habe die französische Regierung zugestimmt, dass wir zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das neutrale Unruhegebiet entsenden könnten. Wir hoffen, dass wir die Ruhe mit Hilfe der vernünftigen Arbeit wieder herstellen können. Die Bedingungen des Generals Wetter sind gemildert worden. Wir erhoffen eine Entspannung der Lage in wenigen Tagen. Reichsminister Roth erklärt, die demokratische Regierung sei keine Parteiregierung. Die Gesetze über die Entschädigungen der Auslandsdeutschen und andere können leider nicht mehr von der Nationalversammlung verabschiedet werden. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erhebung im Westen halten die richtigen Mittel zwischen Nachgiebigkeit und Strenge. Der Abg. Leidt (Bahr. Volksp.) stimmt dem Programm der Regierung zu. Abg. Böls (Soz.) verlangt die Auflösung der Freiwilligenregimenter in Pommern. Das letzte Abkommen darf nur bis zu den Wahlen bleiben. Die Vereinigung der sozialistischen Parteien sei vielleicht eine Frage von nur kurzer Zeit. Eine Arbeiterschaft aus Hand- und Kopfarbeitern sei möglich. Der Feind steht rechts. Er soll den Kampf bis aufs Messer haben. Abg. Behrens (D. Rall) erklärt, dass im Programm des Reichskanzlers die Landwirtschaft sehr mager weggekommen sei. Abg. Hugo (D. B. P.) weist die Behauptung zurück, dass seine Partei von dem Kapp-Putsch vorher Kenntnis gehabt habe. Der Aufstand im Ruhrgebiet sei vorbereitet gewesen. Reichsminister Roth rechtfertigt das Verhalten der Regierung gegenüber den reaktionären Bestrebungen in der Studentenschaft. Die Regierung wäre in Berlin in Schutzhaft genommen worden, wenn sie dageblieben wäre. Nur außerhalb Berlins konnte sie sich zu einem Hort des Widerstandes gegen Kapp ent-

wideln. Abg. Seeger (US.) stellt fest, dass die Hauptforderung der Arbeiterschaft, eine reine Arbeiterschaft, nicht erfüllt worden ist. Nach weiteren Bemerkungen wird der Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Arnsdorf (Württemberg gegen die Regierung) abgelehnt und der Antrag Lüde-Bayer-Trimborn (Billigung der Regierungserklärung) gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

Hieraus werden keine Vorlagen erledigt, darunter das Gesetz betreffend die vorläufige Reichswehr in allen drei Lefungen. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und das Reichstagwahlgebot werden dem Verfassungsausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aburteilung des Hochverräters vom 20. März. Nach langerer Debatte wird ein Abänderungsantrag Schulz-Bromberg (D. Nat.) abgelehnt und das Gesetz in zweiter und dritter Lefung angenommen. Sodann berichtet der Abgeordnete Dr. Haas (Dem.) über die Ausschusshandlungen betreffend Erteilung der Genehmigung zur Verhaftung des Abgeordneten Dr. Traub. Das Recht der Nationalversammlung die Immunität der Abgeordneten in politischen Delikten zu wahren, sei in diesem Falle nicht anwendbar. Die Abgeordneten Wasmuth (D. Nat.) Graf Dönhoff (D. B. P.) und Geyer (US.) beantragen, den Ausschusshandtrag abzulehnen. Abg. Thiel (Soz.) stimmt dem Ausschusshandtrag zu. Abg. Schulz-Bromberg (D. Nat.) beantragt namentliche Abstimmung, bei der auch der Reichskanzler und mehrere Minister mitstimmen. Einige Demokraten stimmen gegen den Ausschusshandtrag. Dieser wird mit 145 gegen 71 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 30. März. Wie der Abend aus zuverlässiger Quelle hört, dauerte die Beratung der Reichsregierung mit General von Seidl heute nachmittag noch an. Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet gehen ihren Gang weiter. Nach Ablauf des Ultimatums um 12 Uhr mittags wurden die einzelnen Truppenverbände schrittweise vorgeholt. Den Verbündeten wurde die größte Wachung angetragen. Die Reichsregierung hat auf die in der heutigen Besprechung zwischen den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen, den sozialdemokratischen Parteien und der Reichsregierung vorgetragenen Wünsche schriftlich geantwortet, dass sie nahe vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschiert lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl irgendwo sieben Tage verflossen sind, nicht das geringste geschahen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebende Verpflichtung zu erfüllen. Im Gegen teil. Weit ist unausgefehlt angegriffen worden, Pläne und Angriffe haben in zahlreichen Orten stattgefunden, erpresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Bestände der Reichsbank haben sich ereignet, Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilfsläufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Pflicht der Regierung ist, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muss, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner im Ruhrgebiet geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluss die Überrufung des Generals Wetter nicht nur verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt wurde. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, dass die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so dass die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur auf Aufruhr und Verbrechen befruchtet bleibt. Die Reichsregierung: gez. Müller.

Abmilderung der schärfsten Bedingungen.

Berlin, 30. März. (WTB.) Die den Militärbefehls habern mündlich oder schriftlich erzielte Vollmacht, eine Verstärkung der auf Grund des Artikels 48 erlaubten Ausnahmestellungen, nach eigenem Befinden bei Gefahr im Verzuge einzutreten, zu lassen, insbesondere Standgerichte einzulegen, wird zurückgezogen. Standgerichte bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg, Münster sowie im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 (Westteil Thüringens usw.) bestehen. Auch hier werden sie, sobald die Lage es gestattet, ausgehoben.

Der Reichspräsident: Ebert.
Der Reichswehrminister: Dr. Gehler.

Die Regierung zur Lage.

Berlin, 30. März. Die Regierung hat ihre Stellungnahme zu den Forderungen der Gewerkschaften in folgendem Schreiben präzisiert: Die Reichsregierung sieht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschiert lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl irgendwo sieben Tage verflossen sind, nicht das geringste geschahen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebende Verpflichtung zu erfüllen. Im Gegen teil. Weit ist unausgefehlt angegriffen worden, Pläne und Angriffe haben in zahlreichen Orten stattgefunden, erpresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Bestände der Reichsbank haben sich ereignet, Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilfsläufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Pflicht der Regierung ist, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muss, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner im Ruhrgebiet geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluss die Überrufung des Generals Wetter nicht nur verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt wurde. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, dass die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so dass die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur auf Aufruhr und Verbrechen befruchtet bleibt. Die Reichsregierung: gez. Müller.

Die Franzosen gestatten den Einmarsch ins neutrale Gebiet.

Berlin, 30. März. (WTB.) In der Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Müller u. a.: Erfreulicherweise stimmte die französische Regierung zu, dass die zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das neutrale Unruhegebiet entsenden. Die Bedingungen des Generals Wetter wurden gemildert.

Freie Gefechtsföhlung.

Nach der „Vossischen Zeitung“ ist im Ruhrgebiet der Generalstreit nur in einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und Elberfeld. Die zahlreichen durch Elberfeld ziehenden Truppen sind der Roten Armee bringen eine besondere Note in das Verlebtsbild. Man sieht Abteilungen, die zur Verstärkung der Front nach Norden gehen und vielfach für ihren Transport nach Duisburg Straßenbahngüter requirieren und ebenso einzelne Horden, die aufgelöst der Heimat zustreben. In Hagen ist der bereits proklamierte Generalstreit wieder abgesagt worden. In Düsseldorf sind die 205 Rotgardisten aus dem Rathaus nach Verhandlungen abgezogen. Aus dem Ständehaus haben heranmarschierte Arbeiter sie herausgefordert. Der Generalstreit ist auch in Düsseldorf nicht erklärter worden. Die Eisenbahnamt und die christlich organisierten Arbeiter im Aufstandsgebiet sind gegen den spartanischen Terror in einen Generalstreit angetreten. Die Streikenden wollen aber gegebenenfalls Waffentransporte zum Wehrkreismando nach Münster befördern. Ein Bericht des Wehrkreismando nach Münster besagt, dass das Ultimatum der Regierung bei den Aufzähren im allgemeinen keine Beachtung gesunden hat. An der Nordfront sind die Angriffe fortgesetzt und Verstärkungen herangezogen worden. Ein Bericht der roten Armee aus Buer stellt fest, dass bis Dienstag morgen noch keine Regierungstruppen südlich der Lippe standen, doch stießen starke Reichswehrpatrouillen im Laufe des Tages nach Dorten über die Lippe vor. Dort sollen die roten Truppen die Lippebrücke gesprengt haben. Reichswehrtruppen, die an anderen Orten den Lippeübergang zu erzwingen suchen, sollen nach spartanischer Darstellung geschlagen worden sein.

Radikalisierung der Arbeiterräte.

Berlin, 30. März. (WTB.) Laut „Volkszeitung“ wurde in Bochum der alte Arbeiterrat durch einen radikalen Arbeiterrat ersetzt, der den Generalstreit proklamierte. Die Bochumer Straßenbahnen und die Personenzüge der Eisenbahn verliehnen nicht. Auch in Dortmund wurde der Generalstreit proklamiert. In Düsseldorf wurde der aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und gemäßigten Kommunisten bestehende Volkszugrat von den radikalen Kommunisten verhaftet und durch einen rein kommunistischen Volkszugrat ersetzt.

Generalstreit im Ruhrrevier.

Dem „Vorwärts“ zufolge setzte heute im Ruhrrevier entsprechend den Beschlüssen des aus allen drei sozialistischen Parteien bestehenden Elberfelder Aktionsausschusses der Generalstreit zum Protest gegen den angedrohten Einmarsch des Generals Wetter ein.

Plünderungen

Münster, 30. März. Duisburger Banten berichten, daß das Revolutionärem der Kommunisten sämtliche Banten beschlagnahmte. In einem Teil des Kreises Lüdinghausen haben rote Truppen geplündert und die Landwirte gebranzt. Aehnliche Nachrichten kommen aus dem Kreise Recklinghausen. Die Eisenbahnbrücke bei Selm wurde von roten Truppen gesprengt.

Spartakus.

Hallenstein, 1. April, 30. März. (WTB.) Der rote Vollzugsaufsicht erläutert in dem unter Vorzensur stehenden Hallenstein Anzeiger einen Aufruf an die bestehende Klasse, in dem bei dem eventuellen Einmarsch der Truppen mit der Proklamation des Generalstreiks und der Stilllegung aller Betriebe auch der lebenswichtigen, gedroht wird. Sollte die Maßnahme nicht genügen, um den Einmarsch der Truppen zu verhindern, würde nicht davor zurückgeschreckt werden, die Maschinen in den Betrieben zu zerstören, die Häuser der bestehenden Klasse und die Gebäude der Behörden in Brand zu setzen oder in die Luft zu sprengen. Zu diesem Zweck wurden Brandkomitees und Rachekomitees gebildet, um beim Herannahen der Truppen sofort in Tätigkeit zu treten und unter der bestehenden Klasse aufzuräumen.

Die Verluste in Halle.

Magdeburg, 30. März. (WTB.) Laut „Magdeburger Zeitung“ forderten die Rämpfe in Halle a. d. Saale 270 Tote unter der Zivilbevölkerung. Darunter befinden sich hauptsächlich auswärtige Arbeiter, teils Russen. Die Verluste der Truppen betragen 27 Tote und 95 Verwundete.

Die Präsidentenwahl.

Berlin, 30. März. (WTB.) Nach dem heute in der Nationalversammlung zur Beratung kommenden Gesetzentwurf ist die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist jeder Reichstagswähler innerhalb des Reichsgebietes. Gewählt ist, wer über die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält, oder mangels einer solchen Mehrheit derjenige, der im zweiten Wahlgange die meisten gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Reichswahlleiter durch das Los.

General Reinhardt bleibt.

Berlin, 30. März. Der Reichspräsident Ebert hat das Abschiedsgesuch des Generals Reinhardt, der seinen Rücktritt gleichzeitig mit Rosse anbot, abgelehnt und ihn ersucht, sich dem neuen Reichswehrminister Gehriger zur besonderen Verwendung zur Verfügung zu stellen. Reinhardt wird demzufolge in nächster Zeit anstelle seiner bisherigen Tätigkeit im Auftrage des Reichswehrministers die Kommandostellen und die Truppen der Reichswehr besichtigen.

Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht.

Berlin, 30. März. Der Reichsrat hat den Entwurf einer Verordnung über die Heraussetzung des Grundlohnes (15 bis 20 Mark) und die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bis zu einem Einkommen von 12 000 Mark angenommen.

Für den Wiederaufbau der Schifffahrt.

Berlin, 30. März. Die Direktoren Cuno und Huldermann sind laut „Abend“ nach New York abgereist, zwangs Verhandlungen für den Wiederaufbau der Hamburg-Amerika-Linie und die Beteiligung amerikanischer Schifffahrtsinteressen.

Der Abtransport der Brigade Ehrhardt.

Berlin, 30. März. Wie mitgeteilt wird, erhält der beabsichtigte Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt nach dem Döbbedter Lager dadurch eine Verzögerung, daß die Beamten und Arbeiter der Eisenbahndirektion Altona die Weiterführung der Eisenbahntransporte in ihrem Direktionsbezirk verweigerten. Nur der erste Transport kam im Döbbedter Lager an. Die übrigen mußten in das Döbbedter Lager zurückgeleitet werden.

Fliegerstreit?

Berlin, 30. März. (WTB.) Laut „Vossischer Zeitung“ droht die oberhessische Bauernschaft für den Fall, daß unverantwortliche Elemente die Ordnung und Sicherheit in den Städten stören und von da aus Unruhen auf das Land tragen, mit dem Fliegerstreit.

Ein Ultimatum an die Danziger Besatzung.

Danzig, 30. März. (WTB.) Wie die „Danziger Allgemeine Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, rich-

tet die Danziger Unabhängigen und Kommunisten ein Ultimatum an den Oberkommissar Tower, wonach sie das sofortige Abziehen der Ententetruppen aus Danzig forderten. In Halle einer ablehnenden Antwort des Oberkommissars drohen die Radikalen mit dem Generalstreik. Das Ultimatum ist, wie das Blatt hält, bis heute abend befristet.

Kundgebungen der deutschen Beamten des Saargebietes.

Saarbrücken, 29. März. (WTB.) Am Sonntag fanden hier große Kundgebungen sämtlicher Beamtenvereinigungen des Saargebietes gegen die Verordnungen der Regierungskommission vom 16. März über die Regelung des zukünftigen Beamtenrechtes statt. In beiden überwältigten Parallelversammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. verlangt wird: Übernahme der gesamten Beamten- und Lehrerschaft durch die neue Saarregierung auf die Grundlage der Staatsverträge zwischen der deutschen, preußischen und dänischen Regierung einerseits und der Saarcommission andererseits, Hinzuziehung der beruflichen Vertreter der Beamten- und Lehrerschaft bei der Regelung ihrer dienstlichen und wirtschaftlichen Interessen. Die führenden Beamten der Saarverwaltung müssen Deutsche sein. Französische Stellen, die heute noch Verfügungen treffen, müssen sofort abgeschafft werden. Die Kommunalbeamten sollen Beamte ihrer Körperschaft bleiben, nicht solche des Völkerbundes. Die Lehrkräfte müssen auf deutschen Seminarien und deutschen Universitäten ausgebildet werden.

Keine Entente-Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Koblenz, 29. März. (WTB.) Die interalliierte Rheinlandskommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete auf seine mehrfachen Vorstellungen aus Anlaß einer größeren Anzahl von militärgerechtlichen Verhandlungen, die im letzteren Zeit im besetzten Gebiet wegen angeblicher Kriegsverbrechen stattfanden und zur Überführung der Verhafteten in ausländische Gefängnisse geführt haben, in diesen Tagen eine Antwort zugehen lassen, wonach die Rheinlandskommission die nötigen Weisungen erteilt habe, damit fünfzehn im besetzten Gebiet lebende derartige Verhaftungen mehr vorgenommen werden. Die Entscheidung über die bereits erfolgten Verhandlungen werden die einzelnen beteiligten Regierungen treffen.

Die Bewirtschaftung des Druckpapiers.

Berlin, 30. März. (WTB.) Durch eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. März wird die Fortsetzung der Bewirtschaftung des für die Tagespresse und den Buch- und Zeitschriftenverlag bestimmten Druckpapiers angeordnet. Die Bestimmungen halten sich im wesentlichen im Rahmen der bisherigen Regelung; jedoch tritt bei denjenigen Zeitungen, deren Auslage gegen früher zurückgegangen ist, eine schärfere Kürzung des Bezugsschreites als bisher ein. Das auf diese Weise erzielte Papier soll besonders bedürftigen Zeitungen zugeführt werden. Die Fortsetzung der Rentenentwertung entspricht einem Wunsche der Verlegerchaft. Insbesondere sprach sich auch der Buch- und Zeitschriftenverlag in seiner Mehrheit dafür aus.

Heimkehr des Verteidigers von Kiautschou.

Shanghai, 30. März. (WTB.) Admiral Walde, der frühere Gouverneur von Tsintau, der als Kriegsgefangener in Japan interniert war, hat am 27. März ohne Bestimmungsort Hamburg verlassen. An Bord seines Dampfers befinden sich 600 deutsche und österreichische Kriegsgefangene mit ihren Familien.

Eine Krise in Dänemark

Das Ultimatum an den König.

Kopenhagen, 30. März. (WTB.) Die Gewerkschaften der vereinigten Gewerkschaften, des sozialdemokratischen Verbandes und der Gesamtorganisation der Arbeiter von Kopenhagen sowie der Repräsententen der Reichstagsgruppe und der Gruppe innerhalb der Stadtvertretung erzielten am Montag abend eine Vereinigung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, die aus Anlaß der Verabschiedung des Ministeriums durch den König verlangt, daß die Verfassung des Landes respektiert, das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt und der Reichstag einberufen wird, um das Wahlgebot fertig zu behandeln. Wenn diesen Forderungen bis heute, Dienstagabend 10 Uhr, nicht nachgekommen wird, soll in einer Versammlung der vereinigten Gewerkschaften der Vorschlag auf sofortigen Eintritt in den Generalstreik in allen Zweigen des Wirtschaftslebens gestellt werden. Eine Deputation hatte gestern abend Zutritt beim König, um die Entschließung

zu überbringen. Der König versprach, innerhalb der genannten Zeit Antwort zu geben. Es wurde ein Ultimatum eingesezt, um die eventuell nötigen Schritte zu beraten.

Die Ablehnung.

Kopenhagen, 30. März. Auf das Ultimatum der vereinigten Gewerkschaften und anderer Organisationen antwortete der König, daß er auf seiner gestern abend der Delegation gegebenen Antwort beharrte, nach der er nicht der Ansicht ist, einen Staatsstreit begangen zu haben. Er wünscht die Abhaltung neuer Wahlen und die Bildung eines Ministeriums in Übereinstimmung mit der Mehrheit des neuen Folketings. Der Beginn des Generalstreiks, der für morgen vormittag festgesetzt war, ist jetzt auf morgen mittag verschoben worden. Morgen mittag werden die Gewerkschaften über die Durchführung des Generalstreiks beraten.

Die Tiroler Anschlußbewegung.

Innsbruck, 30. März. (WTB.) Wie der „Allgemeine Tiroler Anzeiger“ meldet, wurde in einer Versammlung des Tiroler Volksvereins eine Entschließung angenommen, wonach der Wille des Tiroler Volkes, sich an das Deutsche Reich als selbständiges Bundesland anzuschließen, durch eine alsbald vorzunehmende Volksabstimmung unbedingt festgestellt werden.

Kabeldienststähle.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Wien: Seit Sonnabend sind sämtliche telegraphischen Verbindungen von Wien nach Budapest gestört. An amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Störung durch Diebstahl der Telegraphen-Kabelleitungen verursacht sei.

Ein Vändiger für Irland.

Amsterdam, 30. März. (WTB.) Daily Express meldet, daß die britische Regierung Sir Nevil Macready zum Besitzerhaber der britischen Truppenmacht in Irland ernennen wird. Macready ist in den letzten acht Jahren immer an Stellen eingesetzt worden, an denen Unruhen niedergeschlagen werden mußten.

LOKALIEN UND VERMISCHTER GEG.

Limburg, 1. April 1920.

Gemüseverkauf. Heute findet im Hospitalhof Verkauf von Feldsalat und Schnittlauch statt.

Turnen. Am letzten Sonntag waren die Turnwarte von Limburg und Umgegend zu einer Vorbesprechung zwecks Gründung einer Turnvereinigung für Limburg und Umgegend eingeladen. Der 1. Turnwart des Turnvereins E. V. Limburg legte in kurzen Worten den Zweck und die Ziele der ins Leben zu rufenden Vereinigung dar. Der Hauptzweck der Vereinigung soll der sein, das Gesäßturnen mehr als bisher zu pflegen und dies der breiteren Masse des Volkes durch Abhaltung von Schauturnen vorzuführen und so das Interesse für die Turnsache zu wecken und zu fördern und neue Mitarbeiter zu werben, Turnstühle auszubilden und zuverlässiges Kampfrichtermaterial heranzubilden. Den Ausführungen des Turngenossen folgte eine rege Aussprache, in der sich alle Anwesenden für die Gründung der Vereinigung aussprachen und diese einstimmig ins Leben gerufen wurde. Für Verbreitung der vorgefertigten Veranstaltungen soll die Presse in weitem Maße in Anspruch genommen werden. Zur provisorischen Führung der Geschäfte wurde Turngenosse Heinrich Schmidt, Turnverein E. V. Limburg und Turngenosse Heinrich Roth, Turnverein E. V. Mühlheim bestimmt, und zwar ersterer als technischer Leiter und letzterer als Schriftführer. In seinem Schlussswort riefen Turnwart Schmidt an alle die Mahnung, die festgesetzten Turnstunden immer fleißig zu besuchen und so das in Angriff genommene Werk in zäher Ausdauer auszubauen. Mit einem dreifachen „Gut Heil“ wurde die erste Sitzung, welche reiche Früchte zu bringen verspricht, geschlossen.

Die Bücherei der evangelischen Gemeinde bleibt am Osterfest geschlossen.

Mühlen, den 29. März. Ein sportreicher Sonntag bot sich gestern den Freunden der Turnspiele in unserem Orte. Zu dem Spiel um die Gaumeisterschaft trafen sich der Bezirksmeister des Arbeiterbezirks, der Turnverein Niedernhausen und der des Emsbezirks, der Turnverein E. V. Mühlen. Das äußerst interessante Spiel endete mit 29 zu 19 Punkten zugunsten des Turnvereins Mühlen, welchen die Gaumeisterschaft für 1919 zugesprochen wurde. Die

„Als die Beerdigung deiner Mutter vorüber war, rief ich mit dir ab. Maifott war ganz stumpf geworden. Nun mal verabschiedet hat er sich von uns. Drei Wochen später mußten sie ihn ins Irrenhaus sperren — er hatte nichts da Leichter deiner Mutter ausgraben wollen und war wie rasend geworden, als man ihn daran hinderte. Nach einem halben Jahr entliehen sie ihn als geheilt — na, ich habe seitdem sonderbare Dinge über ihn gehört.“

Serena stand auf. Das Herz schlug ihr bis an den Hals, ihr Atem ging schwer.

„Und er hat — nie nach mir — gefragt? Wißt ihr — zurückgefordert?“

Diesmal nahm der Schuldirektor das Wort.

„O ja — kurz nachdem er aus dem Irrenhaus kam. Wir hätten ihm ja bloß eine Abschrift seiner eigenen Bezeichnung schicken müssen. Rechte hatte er keine mehr an Dich. Aber ich traute dem Menschen nie recht. Er hätte doch eines Tages hier auslaufen können — man kann nicht wissen? So hielten wir es nach einem Familienrat für das Beste, ihm einfach zu schreiben, du siehst an einer Kinderkrankheit gestorben. Ein anderer hätte wahrscheinlich den Totenschein verlangt, aber er — Gott, so ein Künstler!“

„Richt mal ‘ne Frage,“ wiederholte Serena tonlos.

Dann fragte sie, „Und wo lebt er jetzt?“

„In San Pietro d’oro, an der dalmatinischen Küste. Als menschenfeindlicher Einwanderer — zwischen Helfen in einem alten Turm — o, der ist nie geholt gewesen.“

„Ich danke.“

Serena wandte sich zur Tür. Ihr Blick war so vorsichtig, ihr Gang so unsicher, daß Tante Lotte unwillkürlich sagte: „Willst du dich nicht noch ein wenig ausruhen? Du scheinst sehr angegriffen.“

„Tante.“

„Und wohin willst du denn? Wieder nach Wien zurück?“

„Nein. Nach San Pietro d’oro, zu meinem Vater.“

antwortete Serena mit flangoiser Stimme. „Wenn er da nie mehr nach mir gefragt hat — er ist doch mein Vater.“

„Jetzt vertraut ihr der Schuldirektor bestärkt den Weg.“

Fortsetzung folgt.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenhein.

(Nachdruck verboten).

„Glücklich?“ Tante Lotte lachte höhnisch auf. „Mit einem Mann, der sie in den Tod trieb? Denn das tat er — dein Vater! Da wir schon so weit sind, magst du ja auch das erfahren: Deine Mutter gab sich selbst den Tod.“

Serena fühlte einen kalten Schauer durch ihren Leib gehen.

„Meine Mutter?“ stammelte sie mit weinig gewordenen Lippen.

Der Schuldirektor nickte.

„Deine Mutter, meine arme Eveline. Gäßt nahm sie. Und einen Zettel ließ sie für ihren Mann zurück, der lag auf ihrer Brust mit einer Nadel festgestift, die er ihr als Beuteigang gegeben hatte. Darauf stand nichts als: „Glaubst du nun, daß ich dich mehr liebte, als das Leben selbst? Und mehr als alles andere?“

Nachher erfuhrn wir von anderen Leuten, daß er sie fortwährend mit Zweifeln und Eifersucht gequält hat. Sie liebte ihn nicht genug, sie sei zu schön für ihn und eines Tages würde sie vielleicht einem anderen lieben. Hinter ihr her war man in München ja genug! Kollegen von ihm, die sie malen wollten, und überall ein Aufsehen, wo sie sich zeigte — aber deine Mutter dachte nie an Untreue. Die war eine echte Wendel! Bloß, daß sie sich diesem Maifott in die Arme warf, war ihr Fehler. Und ich glaube — mögen die Leute in München sagen, was sie wollen, und der Zettel zehnmal von ihr geschrieben sein — es war nur ein Vorwand, den ihr von Neuem geheizter, gequälter Geist erhann. Der warnte Grund lag anderswo. Zucht und Ordnung sind kein leerer Begriff.“

„Des Schuldirektors Gesicht nahm wieder den feierlich blöden Ausdruck an und seine Stimme wurde salbungsvoll: „Sie konnte sich nicht glücklich fühlen unter diesem Künstlervolk. Steinunglüchlich muß sie neben Maifott gewesen sein — da ging sie eben in den Tod. Vielleicht dachte sie auch an dich. Wenn du dort weiter auswuchtest — was wäre aus dir geworden? So durfte Eveline wohl mit Recht hoffen, daß ich mich ihres Kindes

annehmen werde, um es zu Zucht und Ordnung zurückzuführen.“ Er seufzte leicht. „Leider war ja unsere Mühe umsonst. Der Eintrag vom Vater —!“

„Tante Lotte fiel ein: „Wir hofften es unterdrücken zu können, darum sagten wir dir, dein Vater sei tot. Er kam ja auch bald nach dem Tode der armen Eveline ins Irrenhaus.“

Aber du hast mit seinen gelben Haaren wohl auch sonst zwie von ihm geredet —“

Serena war auf einen Stuhl niedergestunken, und starrte vor sich hin. Blößlich hob sie den Kopf.

„Und Papa hat mich hergegeben? Ohne sich zu wehren? Ganz willig?“

Tante Lotte machte eine Handbewegung.

„Ach, der war damals ganz von Sinnen. Nicht mal sehen wollte er dich. So lang Eveline über der Erde war, wisch er überhaupt nicht vor ihr. Gerafft hat er! Umbringen hat es sich wollen — wir Freunde waren stets bei ihm, sonst wäre sicher ein Unglück geschehen. Ich sag mich inzwischen in der Wirtschaft um. Herrgott, war das eine Verschwendug überall! Na ja — was deine Mutter Erbteil war, das hatten sie in den fünf Jahren auch zum größten Teil durchgedreht. Der Rekt reichte gerade für Deine Erziehung hin. Denn wir konnten doch nicht — wir hatten ja selber ein Kind.“

Mitten in all dem Jammer atmerte Serena auf. Gekehrt hatten sie ihr also nichts. — Gott sei Dank.

„Dann“, fuhr Tante Lotte fort, „stellte ich Maifott vor, daß es sicher Evelines Wunsch gewesen sei, du kämst zu uns, wo deiner geordnete Verhältnisse und eine tüchtige Erziehung warteten.“

„In Zucht und Ordnung —

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Hin-
scheiden unseres lieben Entschlafenen
aufrechtigen Dank.
Besonderen Dank für die vielen Kränzchen
und gesetzten hl. Messen.

Herrn M. Bahn und Kinder.

Limburg, den 31. März 1920. 11/75

Gemüse-Verkauf.

Am **Donnerstag** den 1. April d. J. nachmittags
von 2-4 Uhr findet in der Gemüseverkaufsstelle (Hospitalhof)
Verkauf von **Geldsalat** und **Schnittlauchballen** statt.
Limburg, den 31. März 1920. 7/75

Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Den Konsumenten bringen wir hiermit zur ges. Kenntnis,
dass gemäß Stadtverordnetenbeschluss vom 21. Februar 1920
vom 1. Januar d. J. bis 31. März 1920 der **Wasser-
geldpreis** für 1 cbm verbrauchtes Wasser 60 Pf. beträgt
und im Laufe des Monats April zur Erhebung gelangen wird.
Limburg, den 29. März 1920.

12/75 **Die Wasserwerksverwaltung.**

Bekanntmachung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (S. S. 207) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, dass die
Rüfung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk
Wilsenroth, bestehend aus 204 Hektar Wäldereien (Acker-
und Wiesen), 62,5 Hektar Wold, zur Größe von 286,5 ha,
mit Reb-, Hasen-, Hähn- und Fasanen-Wildbestände, auf
die Dauer von 9 Jahren, beginnend mit dem 1. August 1920,
durch öffentlich maßgebende Verpachtung erfolgen soll. Die
in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 1. April
1920 ab zwei Wochen lang in der Wohnung des Unterzeichneten
öffentl. ans. Verpachtungstermin ist

**auf Samstag den 17. April 1920,
nachmittags 2 Uhr**

in dem Gemeindeversammlungszimmer dahier anberaumt. Be-
schlagsfrist 21 Tage.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung
und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten
Auslegungsfrist Einpruch beim Kreisausschuss zu Limburg
erheben. Bis zum Ablaufe derselben Auslegungsfrist sind
etwaige Anträge auf Vereinigung von Grundsäcken mit Eigen-
jagdbezirken oder auf Auschluß von Grundsäcken aus dem
einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk bei mir zu stellen (§§ 7,
13 der Jagdordnung).

Wilsenroth, den 19. März 1920.

**Der Jagdvorsteher:
Lizenfeld, Bürgermeister.**

5/75

Wuhholz-Versteigerung.

Samstag den 8. April 1. J.

nachmittags 1 Uhr

anfangend, kommt im hiesigen Gemeindewald nachfolgendes
Holz öffentlich maßgebend zum Verkauf:

24 Eichenstämmen mit 20,61 f. Stm. (darunter 3 Schneid-
hämme mit 5,20 f. Stm.),

15 Km. eichen Käferholz (zum Teil gespalten),

11 Buchenstämmen mit 7,87 f. Stm.

Anfang: Nassau an der Straße.

Obertiefenbach, den 30. März 1920.

4/74

Der Bürgermeister.

Papier-Abfälle,

**Altpapier
jeder Art**

**auch Zeitschriften, Bücher,
Alten Korrespondenzen usw
unter Garantie des sofortigen Einstampfens kaufen bei
jedem Quantum zu hohen Preisen.**

2/71

**Gebr. Goerlach,
Untere Grabenstr. 10.**

Torfstreu

**offiziell 11/75
Münz & Brühl
Limburg, Telefon 51.**

Ein Gut

von ungef. 150 Morgen in
fruchtbare, möglichst ebener
Gegend in Hessen od. Um-
gebung zu kaufen gesucht.
Anreihen unter Nr. 2/75
an die Exped. d. Bl.

11/75

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen
Ratschluß gefallen, heute früh 4 Uhr meinen lieben Mann, unseren
guten Vater und Grossvater, Herrn

Heinrich Birk

im Alter von 57 Jahren nach kurzer Krankheit aus dieser Zeit-
lichkeit in die Ewigkeit abzurufen.

4/75

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Neuhäuser Hof bei Michelbach, den 31. März 1920

Die Beerdigung findet am Charfreitag nachm. um 4 Uhr statt.

Bootshaus

**Limburger Ruder-
Verein von 1895.**

Ostermontag

Nachmittags von
5 Uhr an:

Kaffee- Konzert

Abends:

Tanz.

Nur für Mitglieder.

Einführungen
sind strengstens
untersagt.

10/75

Zahnersatz

mit und ohne Platte in 28
karat Gold, garantierter
klasse Ausführung. In
Kaufläden beiges. Material
Plombieren u. Zah-
zichen möglichst schnell
10-12 - Behandlung sämtliche
Zahnmitsglieder.

**V. Ehrenberg, Dentist
Diez a. L.**

Alter Mann

sucht Vertrauensposten

evtl. auch Bureauarbeit.

Zu erfragen in der Exped.

d. Bl.

6/75

**Großer
politischer
Nachrichten-
dienst
Börsische
Zeitung
Berlin**

**Romantischer Postbezugspreis:
Mr. 9.**

Konrad Grim

**Limburg a. d. Lahn,
Dr. Wolffstraße 3.**

**Musikinstrumente
und Saiten**

aller Art 9/75

Ein Gasbadeofen

**zu kaufen gesucht. 3/73
Näheres in der Expedition
d. Blattes.**

Former - Lehrlinge

bei sofortiger Vergütung gesucht.

Theodor Ohl, Limburg.

Ein Waggon Gyps,

evtl.

ein Waggon Kreide

eingetroffen.

J. Arnet Nachf., Limburg

(Name: Max Büdel).

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Natureine

Weiß- u. Rotweine

offeriert in Fass und Flaschen

Kräferei und Weinhandlung

Karl Gemmer,

Auflage 14, hinter der Turnhalle

Tel. 379.

Visitenkarten

werden sauber angefertigt in der

Druckerei des Kreisbeamten

Tanzvergnügen

**in der Turnhalle zu Hahnstätten
am 2ten Osterstage.**

Es lädt hierzu ergebenst ein

13/75

Jung, Restaurant.

Dauborn.

**2. Osterfeiertag im Saalbau
„Zur Krone“**

14/75

große Tanzmusik

Feinstes Ballorchester.

Anfang 3 Uhr nachm. Anfang 5 Uhr nachm.

Sämtliche Bürstenwaren

in la. Friedensqualität, sowie

Kososbeien, Kososmatten, Kos-

haarbeien, Handfeger,

Ia. Schenertücher, Fensterleder,

Raffiakasten

an groß. J. Schupp, Seilerei, en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Telefon 277. —

7/75